

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannstadt 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.
Für die Redaction eingesandene Manu-
scripte macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.
Manahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Literatur an Wochentagen bis
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.
Zu den Filialen für Inf.-Anstalten:
Otto Ricca, Universitätsstr. 72.
Kauso Köhler, Katharinenstr. 18, u.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Ausgabe 16.150.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Frangirlos 5 M.,
nach die Post bezogen 6 M.,
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 25 Pf.,
mit Postbeförderung 45 Pf.
Inserate 50 Cgr. Petzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellarischer
Zeh nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Rubrications-
titel die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung promptemmo
oder durch Postnachnahme.

№ 266.

Sonnabend den 28. August 1880.

74. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag den 29. August nur Vormittags bis 1/9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Sonnabend, den 28. August 1880,
von 9 Uhr Vormittags ab,

solten im Auktionslocale des königlichen Amtsgerichts hier — Ecke der Hartortstraße und Bleichenstraße — verschiedene feine Stoffe, abgepackt zu Dosen, Beuten, Räden u., öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den Anschlag am diesigen Amtsbrete bekannt gegeben wird.
Leipzig, am 28. August 1880.

Der Gerichtsvollzieher des königlichen Amtsgerichts a. d. A.:
Crackau, Actuar.

Bekanntmachung.

Für den Termin Michaelis d. J. sind vier Ausstattungsstipendien im Betrage von 77 A 8 S., 67 A 4 S. und zweimal 40 A 47 S. an die hiesige unbescholtene arme Bürgerkinder, welche sich seit Michaelis d. J. verheiratet haben, von uns zu vergeben und sind schriftliche Gesuche darum unter Beifügung der Ehefähigkeits- und Verheirathungsbeweise, öffentlich an den Meistbietenden gegen geschlossenen Bescheid über die Unbescholtenheit und Bedürftigkeit der Bewerberin sowie, was das eine, nur an ehelich Geborene zu vergebende Wiederkehr'sche Stipendium von 40 A 47 S. anlangt, einer Geburtsbescheinigung bis zum 31. August d. J. auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 15 einzureichen.
Leipzig, den 18. August 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Hartwig.

Eine badische Stimme über die neue Parteibildung.

Das Frohlocken der fortschrittlichen Blätter über die Möglichkeit des Anschlusses der badischen Nationalliberalen an die Fortenbeck-Rickert'sche Seccession ist vergebens gewesen, denn diese Gruppe verbleibt, wie nunmehr feststeht, im bisherigen Fraktionsverbande. Es erscheint uns daher wichtig genug, eine bezeichnende Rundgebung aus der Mitte des Landesauschusses der national-liberalen Partei in Baden, wie sie in dem zu Mannheim erscheinenden offiziellen Organ der Partei, der „Badischen Correspondenz“, enthalten ist, hier wieder zu geben. Es heißt da in Anknüpfung an eine Zuschrift eines secessionistischen Abgeordneten an die „Wagdeburger Zeitung“:
„An dieser Ausführung mißfällt uns in erster Reihe, daß sie mit einer Freundschaft und Liebe nach allen Seiten ausströmenden Phrasen beginnt, deren innere Unwahrscheinlichkeit, ja Unmöglichkeit dem Verfasser selbst nicht verborgen bleiben sollte. Man trennt sich, wie verächtlich wird, aus den gewichtigsten Gründen, man sucht mit allen denkbaren Mitteln eine zahlreiche parlamentarische Fraktion zu sprengen — doch nicht, um „gute und aufrichtige Beziehungen“ zu erhalten. Wir behaupten, daß die persönliche Abneigung einzelner bisheriger Parteigenossen gegen Dennigsen und der hieran sich anschließende Widerwille, seinen überlegenen Einfluß auf die Mehrheit der Partei längerhin zu ertragen, in erster Reihe den Absonderungsentschluß hervorgerufen hat. Es liegt unter solchen Umständen in der zwingenden Natur der Dinge selbst, daß nach dem Aufheben nicht freundschaftliche Verhältnisse und mögliche Erhebung politischer Verständigung hervortreten wird, sondern das Gegenteil. Das bisher in großer Zurückhaltung verborgene Geübene wird, zur Freude aller Gegner, recht bald in offener Verbitterung und persönlicher Feindseligkeit sich Luft machen.“

Der einflussreichste Urheber des Ganzen ist Herr Lasker, welcher bekanntlich schon vor Beginn der letzten Session seinen Austritt aus der Fraktion genommen hat. Wir haben dies ungern gesehen, weil wir die hohen Vorzüge des Mannes stets aufrichtig schätzten — aber wir verkannten auch keineswegs seine Schattenseiten, welche einer entschiedenen Gegenwirkung durch minder idealistisch-doctrinäre angelegte Kräfte in den Vorbereitungen der Fraktionsversammlungen bedurften. Ein solcher ist Dennigsen. Das Zusammenwirken beider Männer in derselben Fraktion hatte große Vorzüge. Jeder konnte in seiner Weise Treffliches für das Ganze leisten. Ein ähnlich mächtiger und zugleich in politischer Directivschärfe blühender Mann wird Lasker in der „Gruppe“ nicht zur Seite stehen. Denn Fortenbeck, vor dessen ehrlich liberaler Gesinnung und trefflichen Charaktereigenschaften wir die größte Hochachtung besitzen, kann nach politischem Talent und vor Allem an Redebegehrung mit Dennigsen nicht verglichen werden. Der Einfluß Stauffenberg's wird schon durch seine häufige Abwesenheit vom Reichstage ein geringer sein und auch seine milde, fast weich zu nennende Natur würde Lasker keinen Widerstand leisten, wie der kräftigere Dennigsen. Der Einfluß Lasker's wird häufig auch Fortenbeck beherrschen.“

Weiterhin heißt es noch: „Etwas eigenthümlich erscheint uns die Erwähnung Fall's und Delbrück's in der Bezeichnung der Programmziele. Es wird ja Keiner der Beiden der Gruppe angehören. Ueberdies wissen wir nicht, wodurch Lasker, Hammer und auch Fortenbeck als besondere Säulen des Culturkampfes und Beschützer der preussischen Majestäten erscheinen sollen. Wir glauben, daß sie hierin vor Dennigsen Nichts voraushaben und daß sich wohl selbst in der Richtung der bisherigen national-liberalen Partei noch Mancher finden ließe, welcher ihnen gerade hierin an Zuverlässigkeit voranziehen würde. Eigenthümlich finden wir insbesondere, daß die volkswirtschaftliche Richtung der Gruppe nach Delbrück und nicht nach Hammer bezeichnet ist, der doch sicher hierin der maßgebende, mit Autoritätsanspruch auftretende Mann der Gruppe sein wird.“

Die beschriebene Zurückhaltung Hammer's wird keinen Personen- und Sachkundigen darüber täuschen, daß er und nur er hierin maßgebend sein wird. Entschiedenheit der principellen Richtung, hohe Bildung und Beredsamkeit berufen ihn unbedingt hierzu. Rur halten wir es nicht für möglich, daß eine so ganz ausschließend auf dem dogmatischen Bekenntnis der Freihandelsgrundsätze stehende Gesellschaft im Stande sein könnte, die Grundlage einer allgemeinen deutschen liberalen Partei zu werden. Hierin liegt vor Allem die Achillesferse des ganzen Unternehmens. Es kann eine „wirtschaftliche Vereinigung“ als Gegenmittel gegen Bismarck's „Schutzölnervereinigung“ daraus entpringen; nimmermehr aber eine einheitlich angelegte und mächtig alle Theile des Reiches durchdringende politische Partei.

So können wir — bisher gleichfalls in vielen Fragen mit dem linken Flügel der Partei stimmend und gerade in diesem Theile der Partei die Mehrzahl näherer Freunde besitzend — das ganze Unternehmen nur aufrichtig bedauern und es als einen schwer zu verantwortenden Mißgriff bezeichnen, welcher der Zerstückelung des Fraktionswesens weiterhin Vorlauf leisten wird.“

So das badische Parteiorgan. Wie man der „R.-E.“ mittheilt, steht dasselbe unter dem leitenden Einflusse des Reichstags- und Landtagsabgeordneten Kieser, des anerkannten Führers der badischen Nationalliberalen. Dieser hat im Reichstage stets für einen entschieden liberalen Mann gegolten und sich auch häufig genug durch die That als solcher bewährt. Im Uebrigen nimmt die „Bad. Correspondenz“ eine Vespredung der liberalen Reichstagsabgeordneten Badens über die Seccessionsfrage in Aussicht.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 27. August.

Mit offenkundigster Verlegenheit steht Alles, was sich conservativ nennt, Parlamentarier sowohl wie Presse und Regierung, der neuen Parteibildung auf Seiten der Liberalen gegenüber. Die officiellen Organe haben zu der sich vollziehenden Thatsache noch nicht Stellung genommen, sie warten auf Geheiß die öffentliche Erklärung der Seccessionisten ab. Vielleicht wird mit der vielleicht heute erfolgenden Rückkehr des Fürsten Bismarck nach Berlin das Siegel ihrer Verantwortlichkeit gelöst. Wenn hier und da von vordringenden Schritten der conservativen Landtags-

Submission von Bauarbeiten.

Die Maurer-, Zimmer- und Steinmetz-Arbeiten, sowie die groben Guss- und Holzguss-Arbeiten zu dem Neubau in dem Grundstücke der Juristenfacultät alhier, das Petrinum und Juridicum genannt, Petersstraße Nr. 19, Schloßgasse Nr. 11/13 und Burgstraße Nr. 16 sollen im Wege der Submission, unter Vorbehalt der Auswahl unter den Submittenten, vergeben werden.

Hierbei sollen dem ausführenden Maurer- und Zimmermeister die alten Gebäude des gedachten Grundstücks auf den Abbruch gegen einen angemessenen, an der betr. Stelle des Anschlags einzuhaltenden Kaufpreis mit verbungen werden.

Anschlagsformulare, Bedingungen und Bauzeichnungen liegen im Universitäts-Rentamt zur Empfangnahme des Einschlages bereit und es sind die ersteren ausgefüllt, versiegelt und mit der Ueberschrift der betr. Arbeiten versehen längstens bis

zum 25. September d. J., Nachmittags 6 Uhr

ander einzureichen.
Leipzig, am 27. August 1880.

Universitäts-Rentamt.
Graß.

Bekanntmachung.

Die Lieferung und Verlegung von Granittrötoirplatten vor verschiedenen Hauseingängen in den Vorstädten ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hiervon in Kenntniß gesetzt.
Leipzig, am 25. August 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Wegen der Feier des Gedantages wird der auf Donnerstag, den 2. September d. J. fallende hiesige Wochenmarkt auf Mittwoch den 1. September d. J. hiermit verlegt.
Leipzig, am 23. August 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Bekanntmachung.

Am 2. September d. J., dem deutschen Nationalfesttage, bleibt die Börse geschlossen.
Leipzig, den 26. August 1880.
Der Börsevorstand.

fraction erhöht wird, die angeblich noch vor Beginn der Session zusammenzutreten soll, um ihre zukünftige Stellung zu der veränderten Lage zu bestimmen, so weiß man — wie uns aus Berlin geschrieben wird — an sonst gut unterrichteter Stelle nichts von einem solchen Vorhaben, zieht es auch aus inneren und äußeren Gründen entschieden in Zweifel. Keine Partei hat wohl, entsprechend ihrem Ursprung wie ihren Stützpunkten, eine klarere Position als diejenige der Rechten. Sie braucht nicht erst sich über ihre zukünftige Politik zu verständigen, da der Einklang mit der Regierung der einzige Inhalt ihrer Politik ist. Als „lachende Erbin“ geriet sich die Centrumpartei, insofern man aus privaten Aeußerungen auf die allgemeine Stimmung in der ultramontanen Welt schließen darf. Auch diese Kreise haben lange, auf fallend lange zu der Seccession geschwiegen; jetzt, wo an derselben nicht länger zu zweifeln ist, geben sie ihrer Freude unverborgenen Ausdruck. Derselbe heißt es denn auch, daß die Veranstaltung großer Katholikerversammlungen, wie sie kurz nach Schluß der Landtagsession bereits stattfanden, in neuer Form sich wiederholen soll. Wenn man die Anhänger dieser Partei hört, so ist es ganz undenkbar, daß ihre Wünsche sich jetzt nicht realisiren sollten. Sie sagen, daß Fürst Bismarck im Abgeordnetenhaus wie im Reichstage auf ihre Hilfe absolut angewiesen sei, sofern die Regierungsmaschine nicht zum Stillstand verurtheilt sein sollte. Eine Majorität lasse sich jetzt nur noch mit ihrer Hilfe herstellen, die Schaulichtpolitik des Reichstanzlers müsse zu ihren Gunsten jetzt ein Ende nehmen. Eine gewisse Berechtigung läßt sich diesen Hoffnungen wohl kaum abprechen, und das ist eine sehr bedeutliche Repräsentation der national-liberalen Separation.

Die ultramontane „Germania“ berücksichtigt eingehend eine als Broschüre herausgegebene Rede des ehemaligen Cabinetraths Schimmelpfennig, ein „Hoffnung's Heferscheider“, über Herrn v. Dennigsen und die hannoversche Frage“. So wenig Herrn Schimmelpfennig Beachtung verdient, so sehr sind die von der „Germania“ acceptirten Auslassungen des Herrn für viele Freunde dieses Blattes charakteristisch. Das Eintreten des national-liberalen Führers für Deutschlands Einigung unter preussischer Spitze wird mit dem Bruch des vom Erzbischof Reichers dem preussischen König geleisteten Eides in Parallele gestellt. Daß es einen deutschen Vordruck, dessen Reform anzustreben keinem Deutschen verwehrt werden dürfte, bleibt außer Acht, ein Beweis, wie unsympathisch den Gesinnungsgenossen der „Germania“ ein kräftiges Deutsches Reich ist. Das Bündniß Georg V. mit Oesterreich wird geteilt. Mag darüber ein Vertragsdocument existiren oder nicht, es gebührt die ganze Verblendung jenes Mannes zu dem Glauben, Preußen könne in dem ihm aufzudringenden Kampf das Heer eines Staates, der für den verhängten Mobilisationsbeschluß gestimmt hatte, im Rücken stehen lassen. Das sind die Bundesgenossen, welche die einst „neupreussische“ Partei als Stützen des Kaiserthums ansieht!

Der jüngst in Berlin verammelt gewesene Congreß deutscher Schneidermeister hat sich gegen die Wiedereröffnung des Innungszwanges ausgesprochen. Das ist nach den bedenklichen Reactionsbestrebungen, die sich in den letzten Jahren in Danzwerkreisen breit machten,

auf jeden Fall eine erfreuliche Erscheinung. Wichtig aber ist, daß besagter Congreß, wenn anders wir seine Beschlüsse recht verstehen, sich auch gegen den indirecten Innungszwang erklärt hat, wie er in der von der clerical-conservativen Coalition zu Stande gebrachten Reichstagsresolution enthalten ist. Nach dieser Resolution kann die Behörde anordnen, daß nur Innungsmitglieder Lehrlinge halten dürfen. Niemand ist in Zweifel darüber, daß eine solche Bestimmung, streng durchgeführt, in zahlreichen Fällen den selbständigen Gewerbebetrieb für Richtungsmitglieber ganz unmöglich machen würde. Dagegen heißt es in der Resolution des Schneidercongresses: „Der selbständige Gewerbebetrieb darf nicht von der Zugehörigkeit zu einer Innung abhängig gemacht werden“. Diese Forderung kann nur dann eigentlich Sinn und Werth haben, wenn darunter mit verstanden wird, daß auch dem nicht zur Innung gehörenden Gewerbetreibenden das Dalton von Lehrlingen gestattet sein soll.

Die Affaire Rudhardt ist immer noch nicht von der Tagesordnung verschwunden. Der „R.-B.“ wird in dieser diegenannten Angelegenheit geschrieben: „Irrthümlicher Weise wurde die Rissinger Reife der beiden bairischen Minister mit der Affaire Rudhardt und dem preussischen Culturkampf in Verbindung gebracht. Wenn vielleicht auch beide Thesen berührt wurden, so entspricht der Besuch doch mehr dem Umstande, daß Herr von Freyschamer auch früher bei Anwesenheit des Reichkanzlers in Kissingen erschien. Diesmal dürfte wahrcheinlich Herr von Luz seinen jüngeren Kollegen, Herrn von Crailsheim, dem Kanzler vorstellt haben, da ja bekanntlich der Vorsitz im Ministerrath nicht mehr wie sonst mit dem Portefeuille des königlichen Hauses und des Auswärtigen verbunden, sondern Herr von Luz mit demselben betraut ist.“

Die am Donnerstag in Konstantinopel übergebene, von England ausgearbeitete Collectionnote der Großmächte als Antwort auf die türkische Ablehnung des Conferenzbeschlusses lautet in ihrem Schlusse nach dem „Wiener Tagblatte“ wie folgt: „In Anbetracht, daß die Entscheidungen, über die sich die Berliner Conferenz geeinigt hat, nach eindringlicher Beratung und Feststellung der der türkischen und der griechischen Regierung zur Annahme vorgeschlagenen Grenzlinie gefaßt worden sind, können die vermittelnden Mächte nicht darenin willigen, die Discussion wieder zu eröffnen; sie müssen vielmehr, nachdem sie die Beschlüsse der Conferenz genehmigt haben, auf diesen Beschlüssen beharren und sie wiederholt der hohen Pforte als übereinstimmend mit dem Berliner Vertrage und mit dem Congreßprotokolle empfehlen. Die Regierungen der Congreßmächte können daher nicht darenin willigen, ihre Vertreter dahin zu bevollmächtigen, in irgend eine Discussion über die Grenzlinie einzugehen; wohl aber sind sie bereit, Vorschläge der hohen Pforte über die Art und Weise der Räumung des betreffenden Territoriums von Seiten der türkischen Behörden und die Uebergabe dieser Territorien an Griechenland entgegenzunehmen.“

Die durch Wiener Blätter gebrachte Meldung von einem größeren Zusammenstoß zwischen bulgarischen Offizieren und rumänischem Militär bei Trababia stellt sich als ganz-